



Newsletter 1/2019

Mit Informationen aus dem Brand- und Katastrophenschutz und dem Rettungsdienst

Sehr geehrte Damen und Herren,

das BKS-Portal stellt Ihnen aktuelle Informationen über Vorhaben, Veranstaltungen oder Entwicklungen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes zur Verfügung.

In diesem neuen Newsletter-Format erhalten Sie zusätzlich Informationen der drei zuständigen Landesbehörden: dem Ministerium des Innern und für Sport, der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS) sowie der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD).

Mit freundlichen Grüßen

Eric Schaefer

Leiter der Abteilung Brand und Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Vermessung und Geoinformation

Herausgeber: Abteilung Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Vermessung und Geoinformation im Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-

In dieser Ausgabe:

- Seite 2 Workshop Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung
- Seite 4 Starkregenereignisse in Rheinland-Pfalz
- Seite 6 Erfahrungsaustausch zu den Starkregenereignissen im Mdl
- Seite 8 LÜKEX 2018
- Seite 9 INTER`RED
- Seite 10 Merkblatt "Hinweise zur Brandsicherheitswache"
- Seite 10 Förderungen im Feuerwehrwesen
- Seite 11 Personalsituation an der LFKS
- Seite 12 ABC-Lehrgänge an der LFKS
- Seite 13 Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)
- Seite 15 Digitale Alarmierung



Workshop Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung

Seit einigen Jahren kommt es in Rheinland-Pfalz vermehrt zu Wald- und Vegetationsbränden. Auch in diesem Jahr waren einzelne Regionen schwer betroffen. Die Feuerwehren waren dabei stark gefordert. Auch die Hilfsorganisationen, das THW und die Polizei wurden zur Unterstützung eingesetzt. In der Nachbetrachtung ist nun zu fragen, ob bedingt durch den Klimawandel, die Entwicklung des Waldes und seiner Bewirtschaftung zukünftig ein höheres Risiko für (größere) Wald- und Vegetationsbrände besteht, und ob die Feuerwehren in Rheinland-Pfalz planerisch, sich taktisch und materiell auf ein sich möglicherweise veränderndes Gefährdungspotential einstellen müssen.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat deshalb zusammen mit dem Mdl und der Zentralstelle der Forstverwaltung (Neustadt a.d.W.) am 25./26. Oktober 2018 einen Workshop an der LFKS durchgeführt. Neben den Betroffenen wurden auch



Der Sommer des vergangenen Jahres war ein außergewöhnlicher. Er war im ganzen Land viel zu trocken mit zu wenig Niederschlag. Die Pegel der Flüsse sanken, so dass die Schifffahrt eingeschränkt war. Darüber hinaus bestand eine erhöhte Waldbrandgefahr aufgrund der außergewöhnlich lang anhaltenden Trockenheit. Gleichzeitig hatten im Frühsommer ganze Regionen mit heftigen Starkregenereignissen und in der Folge mit Überflutungen zu kämpfen, die große Schäden anrichteten. Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen waren bei der Bewältigung dieser Lagen rund um die Uhr im Einsatz und betreuten und halfen der betroffenen Bevölkerung. Die Landesregierung hat Mittel bereitgestellt, um kurzfristig in Not gekommenen Menschen finanzielle Hilfe leisten zu können. In der Nachbereitung dieses Sommers wurde geprüft, wie künftig mit Wetterlagen dieser Art umgegangen werden soll und sich Bevölkerung und Hilfskräfte darauf einstellen können.

Fachleute zum Beispiel aus Forstverwaltung, Landeskommando und Unfallkasse Rheinland-Pfalz eingeladen. Der Workshop selbst gliederte sich in einen Erfahrungsaustausch der Arbeitsgruppenleiter, eine gemeinsame Einführung mit allen Teilnehmenden und eine anschließende Aufteilung in verschiedene Arbeitsgruppen. Rund 40 Personen beschäftigten sich dabei intensiv mit folgenden Themen:

- Personal/Ausbildung
- Ausrüstung/Persönliche Schutzausrüstung,
- Fahrzeugtechnik
- Führungsorganisation/Planung/Struktur

Alle Arbeitsgruppen waren sowohl mit ausgewiesenen Experten auf ihrem Gebiet sowie mit interessierten Feuerwehrangehörigen besetzt, welche

selbst im Sommer von solchen Einsatzlagen betroffen waren. Führungskräfte wie KFI und SFI brachten ebenfalls ihr Wissen ein. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen lieferte viele Ansätze, die nunmehr weiterentwickelt werden sollen. Die Arbeitsgruppen sollen mit der Ausarbeitung von Lösungsansätzen beauftragt werden.

Ein Beispiel ist die Ausarbeitung zur Erfordernis besonderer Rettungs- und Einsatzgeräte, die im Bereich des Nationalparks Hochwald benötigt werden. Dazu zählen „All-Terrain-Vehikel“ zur Menschenrettung und Waldbrandsets zur Brandbekämpfung sowie der Bedarf an besonderer Taktik-Ausbildung.





Starkregenereignisse in Rheinland-Pfalz

Im vergangenen Sommer kam es in mehreren Landes-
teilen wieder zu teils heftigen Gewittern und Starkregen.
Dies bedrohte die Menschen und ihre Häuser existentiell
und machte ein schnelles Eingreifen von Feuerwehr und
Katastrophenschutz erforderlich. Es war eine Vielzahl
Kommunen betroffen. Daher wurde ab dem 27. Mai
2018 durch die ADD vor Ort durch Rufbereitschaft Füh-
rungsunterstützung in Form der Fachberatung geleistet.
So wurde zum Beispiel Kontakt zum Landesamt für Ge-
ologie und Bergbau hergestellt werden um Hangrut-
schungen fachtechnisch einzuschätzen.

Ab dem 31. Mai traten in zahlreichen Landesteilen er-
neut schwere Gewitter auf, die zu teils heftigen Über-
schwemmungen führten. Insbesondere die Landkreise
Trier-Saarburg und der Eifelkreis Bitburg-Prüm waren
hiervon betroffen. Am Morgen des 1. Juni trat die Koor-
dinierungsstelle der ADD zusammen, um eine Lageer-
fassung und die Erstellen einer Landeslage vorzuneh-
men. Die Landesfacheinheit Presse- und Medienarbeit,
Teileinheit Trier (LFE PUMA, TE Trier) wurde in den Ei-
felkreis entsandt.

Die Lage war nicht immer ganz eindeu-
tig. So gab die Einsatzleitung bekannt,
durch die Überflutung des Lünebacher
Zoos seien (mutmaßlich) mehrere Wild-
tiere ausgebrochen. Diese Nachricht
generierte Presseanfragen, die weit
über Deutschland hinausgingen (u.a.
CNN). Im Verlauf des Tages drohte

(ebenfalls vermeintlich) das Brechen ei-
ner Staumauer am Stausee Bitburg (tat-
sächlich kam es zu einem Überströmen
der Mauer). Campingplätze an der
Sauer mussten geräumt werden. Zu-
sätzlich wurden weitere Evakuierungs-
maßnahmen in beiden Landkreisen vor-
bereitet. Die ADD war dabei zur Füh-
rungsunterstützung und Fachberatung

Besonders betroffene Schadensre- gionen

Eifelkreis Bitburg-Prüm
Verbandsgemeinde Arzfeld, Ver-
bandsgemeinde Bitburg-Land,
Verbandsgemeinde Prüm, Ver-
bandsgemeinde Südeifel, Ver-
bandsgemeinde Speicher und
Stadt Bitburg

Landkreis Birkenfeld
Verbandsgemeinde Herrstein,
Verbandsgemeinde Rhauen

Landkreis Trier-Saarburg –
Verbandsgemeinde Konz, Ver-
bandsgemeinde Trier-Land, Ver-
bandsgemeinde Saarburg

Stadt Kaiserslautern

Landkreis Kusel
Verbandsgemeinde Kusel-Alteng-
lan, Verbandsgemeinde Lauter-
ecken-Wolfstein und Verbands-
gemeinde Oberes Glantal

Landkreis Bernkastel-Wittlich
Verbandsgemeinde Wittlich-Land

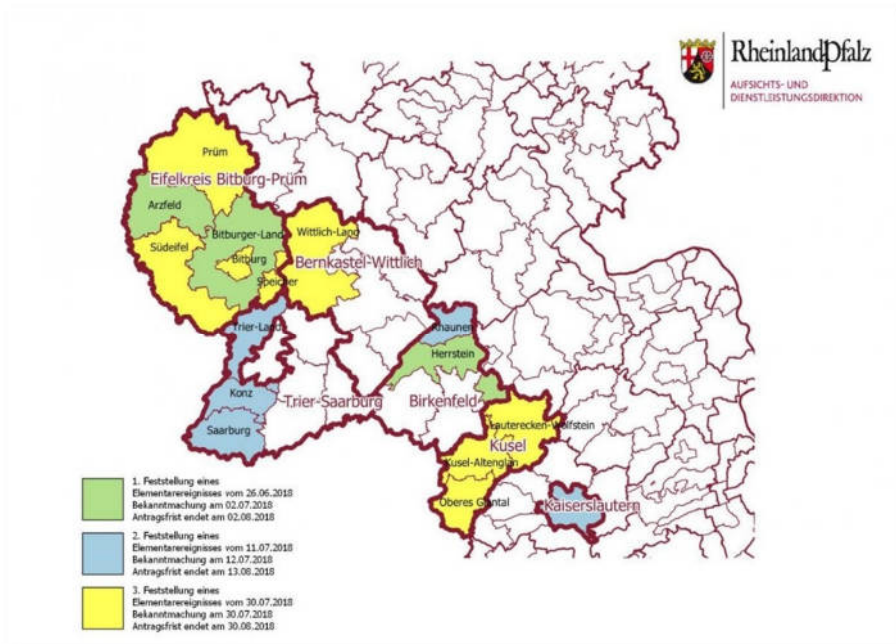
vor Ort in der TEL tätig, betrieb Ressourcenmanagement (u.a. Entsendung von Landesausstattung wie AB-Hytrans) und bildete den Meldekopf vor Ort für alle Anfragen seitens des Mdl (Lagezentrum, Abteilungsleitung), des GMLZ (Bund) sowie des Corps grand-ducal d'incendie et de secours (Luxemburg).

Am Abend des 9. Juni führten neue Starkregenereignisse zu einer dramatischen Entwicklung im Eifelkreis. Hier forderte der KFI explizit die ADD zur Führungsunterstützung sowie zur Fachberatung an. Ab 20:00 Uhr wurde die Koordinierungsstelle der ADD besetzt. Auch hier wurde die Rufbereitschaft zum einen als Meldekopf (verletzte Feuerwehrleute, erhebliches Schadensausmaß, Erfordernis von Fachbehörden -SGD, LGB, DB) tätig. Zum anderen war die ADD in der TEL des Landkreises eingebunden.

Schon am frühen Abend des 11. Juni musste die Koordinierungsstelle der

ADD erneut alarmiert werden. Wiederrum war u.a. der Eifelkreis von einem heftigen Unwetter betroffen. Auch hier übernahm die ADD die Lagedarstellung und die Lageberichterstattung

In Abstimmung mit dem Ministerium des Innern und für Sport wurde durch die ADD ein Teil der Landessandsackreserve aus dem KatS-Lager Sprendlingen an das Brand- und Katastrophenschutzzentrum der Feuerwehr Trier verlegt. Hiermit wurden die kommunalen Aufgabenträger unentgeltlich mit etwa



160.000 Sandsäcken sowie Fülltrichtern unterstützt, welche sie in der Kürze der Zeit nicht selbst hätten beschaffen können.



Erfahrungsaustausch zu den Starkregenereignissen im Juni 2018 in Mainz

Am 27. September trafen sich Führungskräfte der im Juni durch Starkregenereignisse am stärksten betroffenen Kreise und Gemeinden zu einem Erfahrungsaustausch mit Herrn Staatsminister Lewentz in Mainz. Hintergrund sind neben den aktuellen Ereignissen die sich in den letzten Jahren häufenden und mittlerweile jährlich auftretenden meteorologischen Ereignisse: Regenzellen, die extrem viel Wasser mit sich führen und quasi statisch über einer begrenzten Region in Rheinland-Pfalz verweilen und sich in einem oder mehreren Schüben abregnen. Dies führte dazu, dass Ortslagen und Gemeinden über Tage mit erheblichen Wassermassen zu kämpfen hatten. Die Unterstützung der Bevölkerung forderte dabei in einem erheblichen Maße die Einsatzkräfte von Feuerwehr, Hilfsorganisationen und THW. Dabei waren die Kräfte über Tage im Dauereinsatz und wurden von anderen Verbandsgemeinden und zum Teil von Kräften aus anderen Landkreisen und kreisfreien Städten unterstützt und abgelöst.

Bei dem Erfahrungsaustausch präsentierten insgesamt fünf Landkreise und kreisfreie Städte sowie eine Integrierte

Leitstelle ihre Erkenntnisse bei der Einsatzbewältigung hinsichtlich der Themen Organisation/Struktur, Personal/Verfügbarkeit und Material/Fahrzeuge aus. Als Ergebnis des Erfahrungsaustauschs sollen zwei Arbeitsgruppen für die Themenfelder Fahrzeuge (AB-Pumpen, Watfähigkeit, Allrad) und Organisation (Logistikzentren, Regieeinheiten, überörtliche Unterstützung, etc.) gebildet werden.

Ein weiteres Themenfeld (Kommunikation, Einbindung der ILS) wird im Rahmen der schon bestehenden Arbeitsgruppe der sog. „S6“ (abgeleitet aus der Stabsfunktion S6) der Landkreise/kreisfreien Städte bearbeitet.

Weiterhin wird mit Unterstützung der Arbeitsgruppe aus den Leitstellenbereichen Koblenz, Montabaur und Bad Kreuznach die Fertigstellung des "Konzepts zu den Überörtlichen Bereitschaften" intensiv verfolgt. Die Bereitschaften sollen zukünftig auch durch die ADD u.a. bei größeren Unwetterlagen zur Unterstützung landesweit eingesetzt werden können. Die Themen sind ebenfalls Gegenstand des AK Katastrophenschutz.



Während des Erfahrungsaustauschs wurden optimierungsfähige Sachverhalte aufgenommen. Eine Arbeitsgruppe wird sich mit Organisation und Planung beschäftigen. Hierin werden Einsatzhinweise erarbeitet, die u.a. folgende Themen behandeln:

- Regieeinheiten, die aus der Einsatzabwicklung vor Ort ausgenommen sind
- Überörtliche Einheiten/überregionale Einheiten in Bezug auf Starkregenereignisse
- Kommunikation (satellitengestützt, digital)
- Vorbereitete Stabsräume
- „Voralarm TEL“
- Problemlösung der Doppel- und Dreifachverplanung von Personal
- Logistikhinweise

- Logistikpunkte in Kreis/VG
- Lokales Fahrzeug und Materialmanagement
- Sicherstellung des Grundschatzes

Eine weitere Arbeitsgruppe wird sich mit Fragen zu wafffähigen Fahrzeugen und der Konzeption/Weiterentwicklung eines Abrollbehälters „Hochwasser/Starkregen“ befassen. Weitere Themen, IuK- Technik sowie die C3/C4 Datenverarbeitung in Cobra, werden dem AK S6 übergeben.

Nach Beschluss des AK Katastrophenschutz vom Oktober 2018 werden die beiden Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände die genannten Themen bearbeiten.



Krisenmanagement; Teilnahme an der LÜKEX 2018

Rheinland-Pfalz hat als übendes Land an der strategischen Krisenmanagement-Übung LÜKEX 2018 teilgenommen. LÜKEX ist die Kurzform für "Länder übergreifende Krisenmanagementübung / Exercise". Das Kürzel steht für ein Übungskonzept, mit dem das nationale Krisenmanagement in Deutschland auf strategischer Ebene seit 2004 überprüft und optimiert wird. Ziel der Übung ist es, dass sich Bund und Länder auf (außergewöhnliche) Krisen- und Bedrohungslagen vorbereiten sowie bestehende Pläne und Bewältigungskonzepte auf die Probe gestellt werden.

Die 8. strategische Krisenmanagementübung LÜKEX 2018 befasste sich mit dem Thema einer Gasmangel-lage in einer angedachten außergewöhnlichen Kälteperiode im Winter 2019. Bereits im Vorfeld wurden zur Sicherstellung einer gemeinsamen Wissensbasis, was für die Beteiligten an der Übung ein zentraler und unabdingbarer Baustein ist, umfangreiche Veranstaltungen zum Thema „Gasversorgung in Deutschland“ durchgeführt.

Am 30. Oktober 2018 fand im Ministerium des Innern und für Sport eine Planbesprechung im Rahmen einer Sitzung des Krisenstabs der Landesregierung statt. Das war quasi der Beginn der Übung zu einer angenommenen taktischen Zeit 30. Januar 2019. Alle Ressorts der Landesregierung waren involviert und erstatteten im Rahmen der Sitzung Herrn Staatssekretär Stich und später Herrn Abteilungsleiter Schaefer erste Lageeinschätzungen der einzelnen Häuser.

Da eine Gasmangellage kein ad-hoc ablaufendes Ereignis ist, wurden in der Übung Zeitsprünge einkalkuliert. Am ersten Übungstag am 28. November 2018 nahmen wir vormittags den 03. Februar 2019 an, nachmittags befanden wir uns bereits beim 9.

LÜKEX beübt die obersten Krisenstäbe und Krisenmanagementstrukturen auf Bundes- und Landesebene unter Einbeziehung der Kritischen Infrastrukturen in privater Hand. Die übergreifende Reaktionsfähigkeit in außergewöhnlichen Krisenlagen soll damit verbessert werden.

Die Federführung für Vorbereitung und Durchführung der Übung lag beim Bund (BMI). Eine behördenübergreifende Projektgruppe im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) plante die Übung, bereitete sie vor, führte sie durch und wertet sie innerhalb eines Zyklus von rund zwei Jahren aus.

Februar 2019. Am zweiten Übungstag am 29. November erfolgte dann ein erneuter Zeitsprung auf den 14. Februar 2019. Innerhalb dieses Zeitraums bauten sich in vielen Bereichen Eskalationsstufen auf, die gelöst werden mussten. Die Übung hat hilfreiche Erkenntnisse erbracht, welche zurzeit ausgewertet werden. Nach der Abschlussbesprechung mit den Übungsbeteiligten erfolgt die Einarbeitung der umsetzbaren Vorschläge in die bestehenden Krisenmanagement-Planungen. Der Übungsverlauf kann als durchweg positiv bezeichnet werden.



INTER`RED

Im Rahmen dieses Projekts mit Laufzeit von 2019 bis Ende 2021 sollen grenzüberschreitende Themen im Bereich der Gefahrenabwehr aufgegriffen werden. Partner dieses Projektes in der Großregion sind Frankreich, Luxemburg, Belgien, das Saarland und Rheinland-Pfalz. Ziel ist es, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden sowie Ausbildungsangebote zu bündeln. Ein Schwerpunkt für Rheinland-Pfalz ist die Optimierung der Notrufverarbeitung und die Vernetzung der

Leitstellen im grenzüberschreitenden Kontext. Für Fragen zu INTER`RED

INTER`RED

ein Wortspiel aus dem EU-Förderprojekt **INTERREG** und **Rettungsdiensten**

steht das Referat 22 Brand- und Katastrophenschutz bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Verfügung.



Neues Merkblatt „Hinweise zur Brandsicherheitswache“

Aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben wurden neue Regelungen zur Brandsicherheitswache erforderlich. Eine wesentliche Änderung ist die nun zulässige Stellung der Brandsicherheitswache durch den Veranstalter bzw. Betreiber. Hierfür sind grundsätzliche Anforderungen neu festgelegt. Das neue Merkblatt „Hinweise zur Brandsicherheitswache“ erläutert darüber hinaus die erforderliche Stärke, Qualifikation und Ausrüstung sowie die Aufgaben der Brandsicherheitswache vor, während und nach der Veranstaltung sowie das Verhalten im Gefahrenfall bzw. in einer Notfallsituation. Eine anhängende Checkliste erleichtert und vereinheitlicht den Nachweis über die Durchführung der Brandsicherheitswache.

Das neue Merkblatt „Hinweise zur Brandsicherheitswache“ ist zu finden im BKS-Portal unter

<https://bks-portal.rlp.de/brandschutz/vorbeugender-gefahrenschutz/neues-merkblatt-%E2%80%9Ehinweise-zur-brandsicherheitswache%E2%80%9C>

Förderung im Feuerwehrwesen

Damit die Feuerwehrangehörigen in Rheinland-Pfalz ihre oft schwierigen, riskanten und nicht selten lebensgefährlichen Aufgaben meistern können, ist eine gute und zeitgemäße technische Ausstattung unverzichtbar. Mit der jährlichen finanziellen Förderung trägt das Land erheblich hierzu bei.

In der Förderrunde 2018 unterstützte das Land daher kommunale Bau- und Beschaffungsmaßnahmen der Feuerwehren mit 13,68 Millionen Euro. Als

Teil der inneren Sicherheit im Land genießt die Förderung des Feuerwehrwesens hohe Priorität.

Aus Feuerschutzsteuermitteln konnten landesweit 26 Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen an Feuerwehrhäusern sowie 142 Beschaffungen von Feuerwehreinsatzfahrzeugen gefördert werden. Hierfür standen den Gemeinden insgesamt 6,37 Millionen Euro und zusätzlich 3,57 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Weiterhin erhielten die kreisfreien Städte und die Landkreise rund zwei



Millionen Euro als jährliche Pauschalförderung für die Beschaffung von kleinen Feuerwehrfahrzeugen sowie technischer Ausstattung, die sie an die kreisangehörigen kommunalen Aufgabenträger verteilen.

Zusätzlich standen den Kommunen in dieser Bewilligungsrunde weitere Mittel zur Verfügung. So konnten aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs sieben Sonderfahrzeuge mit 500.000 Euro bezuschusst werden. Zusätzlich standen einer Verbandsgemeinde 500.000 Euro aus dem Investitionsstock zur Verfügung. Für die Beschaffung von Mehrzweckfahrzeugen, die nicht der originären Brandschutzbekämpfung dienen, wurden die Gemeinden mit 263.400 Euro aus allgemeinen Landesmitteln unterstützt. Das Land stellte aus allgemeinen Landesmitteln Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 437.500 Euro bereit, so dass die Förderung von 29 Sonderfahrzeugen der Gemeindefeuerwehren ermöglicht werden konnte.

Personalsituation an der LFKS

Die LFKS verfügt derzeit über 70 Stellen, davon sind 30 Fach- und Lehrkräfte, 37 Verwaltungsmitarbeitende und Servicekräfte sowie drei Anwärter.

Aufgrund der Überprüfung durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 wurden vier Stellen der LFKS seinerzeit mit Kw-Vermerken versehen.

Hierdurch sowie durch mehrere Abgänge kam es zu der bekannten, sehr angespannten Personalsituation im Bereich der Lehre. Ab dem Jahr 2014 wurden diese Stellenkürzungen wieder rückgängig gemacht. Jedoch blieb die Lage weiter angespannt, weil die freien

Das Verbundsystem der zivilen nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr mit Feuerwehr, Sanitätsorganisationen und THW hat während der Starkregenereignisse dieses Sommers vertrauensvoll und erfolgreich zusammengearbeitet. Der Schwerpunkt des Verbundsystems liegt bei den Feuerwehren der Kommunen

überall wo Gefahrenlagen und Schadenereignisse die Menschen bedrohen,

überall wo die Bürgerschaft Hilfe erwartet und

überall wo überwiegend kommunale Einsatzkräfte zur Gefahrenabwehr tätig werden.



Stellen nun aufgrund eines bundesweiten Fachkräftemangels nicht zeitnah und mit der notwendigen Qualifikation besetzt werden konnten.

Die LFKS führt derzeit verstärkt Fortbildungsqualifikationen ihrer eigenen Mitarbeitenden, insbesondere im Einstiegsamt 2 durch. Fünf Kolleginnen und Kollegen des Einstiegsamtes 2 werden derzeit auf diesem Weg zu Lehrkräften qualifiziert. Damit wird leistungsfähiges Personal an die LFKS gebunden und berufliche Perspektiven für sie sowie für nachrückende Kolleginnen und Kollegen geschaffen. Zusätzlich befindet sich eine Person im Qualifizierungsprozess zum Einstiegsamt 4. Dieser Prozess läuft noch bis zum Jahr 2021. Daneben wird derzeit ein Brandreferendar an der LFKS ausgebildet. Zusätzlich wurden mehrere Personen eingestellt, die insbesondere den Bereich ABC- und Gefahrstoffausbildung unterstützen sollen.

Aufgrund dieser Maßnahmen wird es nicht nur möglich sein, die entstandenen Lücken im Jahr 2019 zu schließen, sondern es wird bis 2021 einen merklichen Aufwuchs im Lehrpersonal geben, so dass die entstandene Ausbildungslücken sukzessive geschlossen werden können.

ABC-Lehrgänge der LFKS

In der ersten Jahreshälfte 2018 gab es an der LFKS einen außergewöhnlich hohen Krankenstand in Folge der Grippeperiode. Aus diesem Grund mussten mehrere ABC-Lehrgänge abgesagt

werden, welche auch nicht vollumfänglich nachgeholt werden konnten. Grund dafür war unter anderem, dass eine stark eingebundene Lehrkraft die LFKS in der zweiten Jahreshälfte verließ. Zwi-

Im Doppelhaushalt 2019/2020 sind folgende Maßnahmen umgesetzt:

Schaffung von drei neuen regulären Stellen (je 1 x A 14, A 12, und A 10). Eine Stelle der Besoldungsgruppe A 11 wird von der ADD an die LFKS ausgeliehen.

Schaffung von zwei Stellen für Brandreferendare, eine davon ist bereits besetzt.

Eine derzeit an das MdL abgeordnete Stelle kehrt an die LFKS zurück.

Insgesamt 10 Stellenhebungen (die 18 Einzelhebungen entsprechen).



schenzeitlich hat die LFKS drei Lehrkräfte für den ABC-Bereich neu eingestellt, so dass hier wieder regulärer Unterricht stattfinden kann.

Um eine klare Aussage über die Einsatzfähigkeit im ABC- und Gefahrgutbereich zu erhalten, führte die ADD eine Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der tatsächlichen Ausstattung mit einsatzfähigen Feuerwehrleuten durch. Das Ergebnis der Umfrage wurde anlässlich der Tagung der Stadt- und Feuerwehrinspektoren am 9./10. November 2018 intensiv bearbeitet.

Für die Lehrgangsplanung 2019 sind folgende Zielsetzungen festgelegt worden:

Im Bereich der Führungslehre bilden die Laufbahnlehrgänge für das Haupt-

„Wenn es auf der Seele brennt“ IV

In den Grußworten von Christoph Unger (Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, BBK), Detlef Platzek (Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung und Opferbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz) und Fabian Kirsch (Geschäftsführender Direktor des Städtetages Rheinland-Pfalz) wurde deutlich, welchen

amt (Abschlusslehrgänge für das Eingangsamtsamt 2 und der Brandinspektorenlehrgang für das Eingangsamtsamt 3) und Laufbahnlehrgänge für das Ehrenamt (Gruppenführer, Zugführer, Verbandführer) die beiden Schwerpunkte. Außen- und Wochenendlehrgänge (z.B. Stabsarbeit) werden im Jahr 2019 grundsätzlich ausgesetzt.

Im Bereich der Technischen Lehre bilden die ABC-Lehrgänge den eindeutigen Schwerpunkt.

Ab 2020 wird voraussichtlich eine modularisierte ABC-Ausbildung an der LFKS stattfinden können, was eine Ausweitung der Kapazitäten bewirkt.

Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Beratungs- und Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung fand am 17. November 2018 die vierte Fachtagung „Wenn es auf der Seele brennt“ statt. Die Veranstaltung ging auf die Arbeit der PSNV bei aktuellen Ereignissen ein und gab einen Überblick zum Stand der Forschung, Struktur und Organisation der PSNV in Deutschland. 245 Fach- und Führungskräfte nahmen an der Tagung teil.

Stellenwert die PSNV auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene hat. Kirchenrat a.D. Joachim Müller-Lange ließ die Entwicklung der letzten 20 Jahre in einer sehr persönlichen Rückschau Revue passieren. Staatssekretär Randolph Stich bedankte sich in seiner Ansprache bei allen, die an der Entwicklung der PSNV in Rheinland-Pfalz seit dem Flugtagunglück in Ramstein 1988 beteiligt waren. Beispielhaft nannte er Dr. Hartmut Jatzko, der als Ehrengast an der Veranstaltung teilnahm.

Der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck berichtete in einem beeindruckenden Vortrag über seine Tätigkeit als Opferbeauftragter der Bundesregierung nach dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Dr. Jutta Helmerichs



(BBK) berichtete über den Stand der PSNV in der Bundesrepublik und führte aus, wie notwendig eine engere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure in der Akutversorgung und mittel- und langfristigen Betreuung ist. Gerade die großen Einsätze der letzten Jahre haben gezeigt, dass es hier immer wieder zu Reibungsverlusten kommt.

Verena Blank-Gorki (Medical School Hamburg) berichtete über den aktuellen Stand, des Forschungsprojektes „Kind und Katastrophe“. Prof. Dr. Birgit Kleim (Universität Zürich) stellte die Studie „Wenn der Stress wachhält: Stress und Schlaf bei Einsatzkräften“ vor und Dr. med. Arne Conrad beschrieb mit dem „Trauma Ressource Management“ eine neue Methode der Einsatznachsorge vor. Die Tagung endete mit einem Vortrag von Heiko Fischer (Landeszentralstelle PSNV Mecklenburg-Vorpommern) über die Arbeit der Landeszentralstellen PSNV der Länder.



Digitale Alarmierung

Übergabe der Projektleitung an den LDI

Das digitale Alarmierungsnetz wird landeseinheitlich über acht Teilabschnitte errichtet. Es dient der Alarmierung von Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz. So erhält Rheinland-Pfalz ein einheitliches, neues und autarkes Alarmierungsnetz. Dieses wird sowohl von den Leitstellen im Rahmen der Erstalarmierung, als auch durch die kommunalen Feuerwehren für die Nachalarmierung verwendet werden. Die bisherigen Praxiserfahrungen sind durchweg positiv.

Zur Übergabe der Anlagen / des Netzes an die Kommunen ist es zwingend erforderlich, die jeweiligen Standortunterlagen des Generalunternehmers Swissphone vollständig und korrekt zu prüfen. Diese Prüfung ist sehr aufwendig und zeigt im Ergebnis teils deutliche Abweichungen von der Realität vor Ort.

Der Netzaufbau (Rollout) begann zunächst im Leitstellenbereich Landau. Derzeit befindet sich dieser Bereich noch im Probebetrieb. Zurzeit werden dort fünf Lokationen (Freckenfeld, Herxheim-Weyher, Contwig-Stambach, Wilgartswiesen und Lustadt) für eine

verbesserte Versorgung mit zusätzlichen Sende- und Empfangsanlagen (DAU) ausgestattet. Freckenfeld zum

Phasen der Einführung

Errichtung

Testbetrieb (4 Wochen)

Probebetrieb (6 Monate)

Wirkbetrieb (nach Übergabe an die Kommunen)

Beispiel wird mit einer zusätzlichen Richtantenne vom Stäffelsberg bei Bad-Bergzabern versorgt.

Der Leitstellenbereich Kaiserslautern steht kurz vor dem Wechsel in die vierwöchige Testphase. Nahezu alle der dortigen 75 Standorte wurden errichtet. Derzeit fehlt aber noch eine elementare IP-Strecke von einem wichtigen sog. georedundanten Master-DAU in der Fläche des Bereiches Kaiserslautern zur Leitstelle Landau. Über diese Strecke wird es erstmalig möglich sein, dass bei einem Ausfall der Alarmierungsstelle (Leitstelle) benachbarte oder auch weiter entfernte Leitstellen die dortige Alarmierung übernehmen. Somit erreicht das Netz eine enorme Ausfallsicherheit.



Im Leitstellenbereich Bad Kreuznach sind bereits die ersten Standorte errichtet.

Zum 1. Februar 2019 wurde nun der Wechsel der Projektleitung für die Einführung der digitalen Alarmierung vom Innenministerium zum Landesbetrieb Daten und Information (LDI) vollzogen. Ziel ist es, die Fachressourcen des LDI und des Mdl zu kombinieren, um die Umsetzungen des Auftragnehmers Swissphone noch enger begleiten zu können.

Es hat sich gezeigt, dass die Ertüchtigung der bisher vorrangig für den Bau der Sende- und Empfangsanlagen genutzten kommunalen Gebäude (Feuerwehreinsatzzentralen, Feuerwehrhäuser, Schulgebäude, Verwaltungsgebäude, Wasserhochbehälter etc.) sehr zeitaufwändig ist.

Dieser erhebliche zeitliche Aufwand erhöht den bereits jetzt bestehenden Verzug des Projektes, welches durch zwei Klagen im Vergabeverfahren (die zugunsten des Projektes entschieden wurden) verursacht wurden.